

Internationale Aufsicht

Debatten über Staatlichkeit und Anarchie in Afrika

Mit dem Staat ist in Afrika scheinbar kein Staat zu machen. Die Krise vieler nationalstaatlich verfasster Gesellschaften südlich der Sahara ist in der Tat nicht zu leugnen. Die „Monopolisierung legitimer Gewalt“, nach Max Weber der Grundpfeiler moderner Staatlichkeit, ist weiter in die Ferne gerückt als je zuvor. Warlords und andere intermediäre Gewalten gewinnen an Macht. Staatliche Systeme sozialer Sicherung, ohnehin nie besonders entwickelt, sind in der Regel längst zusammengebrochen. Die Bevölkerung versucht sich zur Überlebenssicherung selbst zu organisieren, in Kirchen, Bruderschaften, Frauenorganisationen sowie diversen anderen lokal verwurzelten Netzwerken und Zweckbündnissen. Die informelle Wirtschaft wächst beständig.

Vor einigen Jahren hat der Soziologe Trutz von Trotha mit der provokanten These Aufsehen erregt, dass die Zukunft in Afrika liege, weil der Kontinent schon jetzt dokumentiere, dass der moderne Staat heute seinen Zenit überschritten habe. Ob das Ende des Staates oder nur das Ende eines bestimmten Staatsmodells bevorsteht, darüber wird weiter gestritten. Es gibt jedenfalls keine gleichsam natürliche Entwicklung von Staaten in Richtung Territorialstaat. Selbst die Nachrichten vom Ende des Staates in Afrika scheinen jedoch übertrieben. Denn was südlich der Sahara zum Teil blutig beerdigt wird, ist vielmehr die Vision von einem national verfassten Wohlfahrtsstaat, wie sie die Kolonialherren und spätkolonialen Eliten nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hatten.

Diese Vision ist zwar gescheitert, doch Alternativen zum modernen Staat sind nicht zu sehen, wohl aber Varianten, unterschiedliche Formen der inneren Ausgestaltung. Der Aufgabe, den Staat im gegenwärtigen Afrika genauer unter die Lupe zu nehmen, widmeten sich gleich mehrere Sektionen auf der zweiten Europäischen Konferenz der Afrikawissenschaften, die unlängst im niederländischen Leiden über sechshundert Teilnehmer anzog. Inzwischen hat sich auch bei Entwicklungsorganisationen, die lange „weniger Staat“ forderten, die Einsicht durchgesetzt, dass nachhaltige Entwicklung ohne einen besser funktionierenden Staat nicht zu haben ist. Wir wissen, so konstatierte der Ethnologe und Soziologe Thomas Bierschenk (Mainz), im Grunde jedoch recht wenig über das alltägliche Funktionieren afrikanischer Verwaltungen und öffentlicher Einrichtungen. Eine von ihm und anderen Kollegen geleitete Arbeitsgruppe untersuchte anhand von Fallstudien die „Baustelle Staat“ in Afrika und fragt etwa, wie sich die professionellen Praktiken afrikanischer Staatsdiener und ihre Beziehungen mit der Öffentlichkeit gestalten.

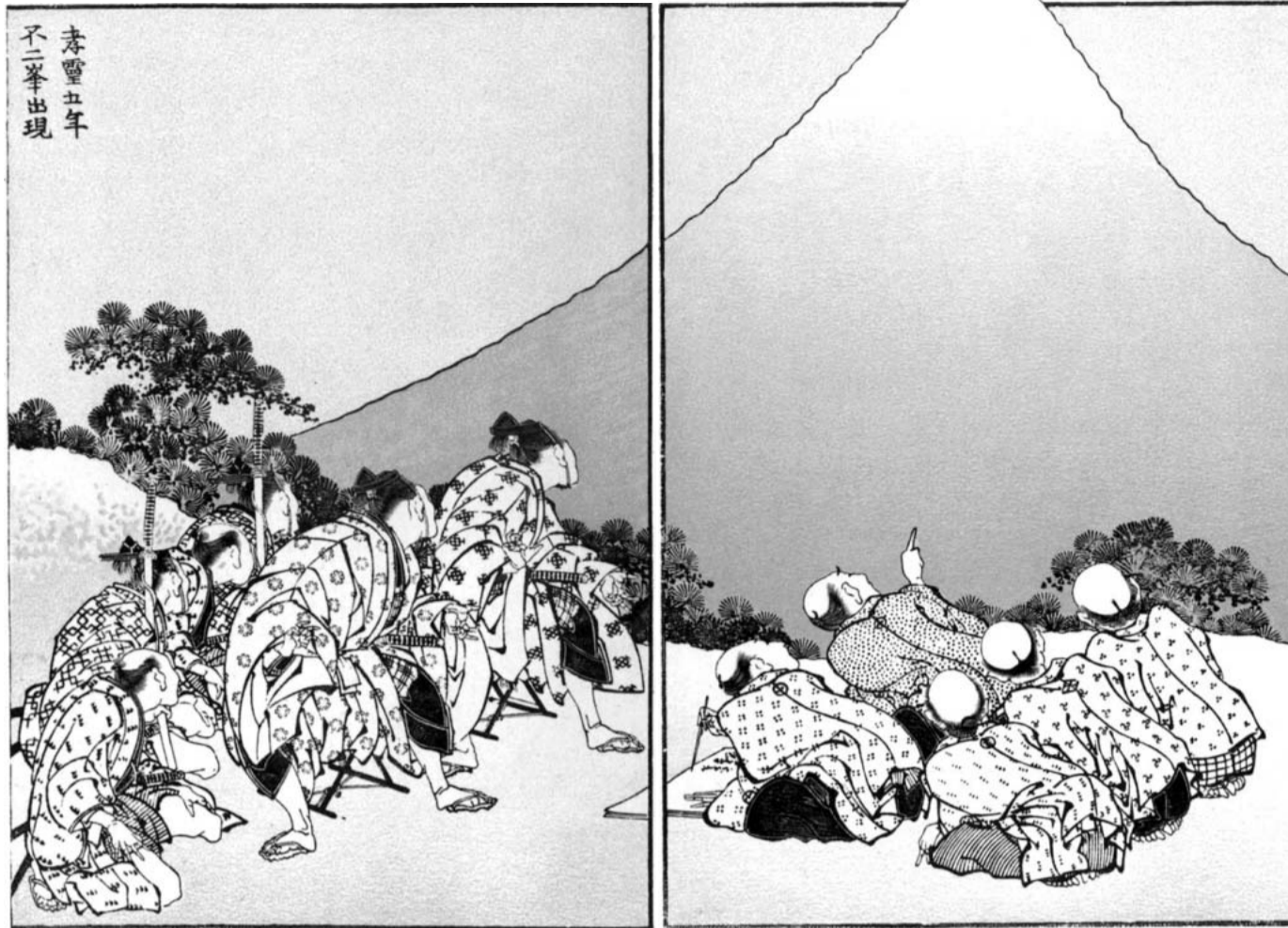
Gerhard Anders (Zürich) lieferte am Beispiel Malawis eine kritische Bestandsaufnahme von „good governance“, des seit

vielen Jahren zentralen Prinzips der Entwicklungshilfe. Dahinter steht die Vorstellung der Geberländer, dass jede Regierung, die finanzielle Hilfe erbittet, ein Ensemble spezifischer Reformen zu erbringen hat, um die in der Regel als korrupt und ineffizient angesehene staatliche Verwaltung in eine mustergültige Einrichtung zu verwandeln, die dem Gesetz gehorcht und der Öffentlichkeit gegenüber rechen-schaftspflichtig ist. In Malawi sind die Staatsdiener seit zehn Jahren sowohl Zielgruppe solcher Maßnahmen als auch verantwortlich für die Implementierung. Sie haben die Umstrukturierungen teils angenommen, aber auch zu manipulieren versucht oder sich dagegen gewehrt. Nicht zuletzt hat dieser Prozess, wie Anders berichtete, bestehende Defizite und Hierarchien innerhalb der Staatsverwaltung verstärkt, etwa zwischen älteren und jüngeren Mitarbeitern oder zwischen behutsamen Reformern und Technokraten.

Brenda Chalfin (Florida) konzentrierte sich auf Zollbeamte in Ghana, die lange eine privilegierte Position nahe an der politischen Macht innehatten, kontrollierten sie doch den Großteil der Staatseinnahmen, bewachten die Grenzen und durchzogen das Land mit einem dichten und sichtbaren administrativen Netz. Seit einigen Jahren hat sich ihre Tätigkeit jedoch stark verändert. Heute steht der ghanaische Zoll im Blickpunkt internationaler Antikorruptionsmaßnahmen. Im Zuge neoliberaler Reformen sind sie angehalten, die Freihandelsdoktrinen der Welthandelsorganisation, internationale Informations-technologieprotokolle sowie Investitionsstrategien der Geberländer durchzusetzen. Gleichzeitig sind sie mit der Delegation vieler Zolltätigkeiten an multinationale Firmen sowie dem Anwachsen transnationaler Migration und (weglicher illegaler) Handelstätigkeit außerhalb ihrer unmittelbaren Kontrolle konfrontiert. Dies führt in der administrativen Praxis vermehrt zu Top-Down-Strategien, nicht aber zu verstärkter Kooperation und Transparenz.

Andere Sektionen suchten zu zeigen, wie Staatlichkeit in Afrika zwischen verschiedenen Akteuren ausgehandelt wird und wie neue Formen politischer Institutionen entstehen. In diesem Zusammenhang kritisierte Richard Banégas (Paris) die weitverbreitete Ansicht, die in vielen afrikanischen Ländern grassierende Gewalt sei allein Ausdruck staatlicher Inkompetenz, das Produkt politischen und institutionellen Scheiterns. Am Beispiel der Elfenbeinküste stellte er dagegen die Behauptung auf, Gewalt sei häufig ein Nebenprodukt von Staatsformierung und Zentralisierung. Gewaltförmige Konflikte, so Banégas, produzierten Staatlichkeit, indem sie Vorstellungen von Staatsbürgerschaft, Nation und Souveränität neu definierten. Für die vielen Opfer von Gewalt in der Elfenbeinküste ist die These freilich wenig tröstlich.

ANDREAS ECKERT



Der Legende nach erhob sich der Fuji 286 v. Chr. plötzlich aus der Erde. Im Bild ist das Erstaunen festgehalten.

Foto Archiv

Makellos wie die Lotusblume

Berg-Evokationen: Die „Hundert Ansichten des Fuji“ von Hokusai

Japans heiliger Berg und erhabener Vulkankegel hat seit jeher die Phantasie der Dichter, Maler und bildenden Künste beflügelt. Zeichen und nationales Ideogramm, ist der 3776 Meter hohe Fujisan Mittelpunkt zahlreicher Legenden, Sagen, Mythen und Projektionen. Wolfgang Kemp erkennt nun in Hokusais dreibändiger Holzschnittserie „Hundert Ansichten des Fuji“, deren erster Teil 1834 erschien, zugleich eine Adaptierung und Ironisierung klassischer Topoi und Motive (Wolfgang Kemp: „Die Figur als Grund. Zu Hokusais Hundert Ansichten des Fuji“, in: „Figuration – Defiguration. Beiträge zur transkulturellen Forschung“, hrsg. von Atsuko Onuki und Thomas Pekar, Judicium Verlag, München 2006).

Die Gattung der Sammlung von hundert Gedichten oder Ansichten war schon vor Hokusai etabliert. Jedoch scheint er sich nicht an klassische Aufbau- und Auswahlkriterien zu binden oder mit standardisierten Einstellungen und kanonisierten Orten wie der Bucht von Tago oder dem Schläger „Blüten vor dem Fuji“ zu begnügen. Vielmehr ermöglicht Hokusais „bewegliche Kamera“ in den immer neuen

Clustern, Konstellationen und Kettenreaktionen sich vorantastenden Bildserien im Sinne eines „Fuji von unten“ unkonventionelle Gesellschaftsstudien.

In der Bewegung vom Lexikon zum freien Spiel, wovon Arbeiten wie „Brunnenputzer-Fuji“ oder „Fuji vom Färberviertel“ aus gesehen“ zeugen, lag Hokusais schöpferisches Ingenium. So erscheint der Berg wie in einem Schrägschlüssel oder Versteckspiel aus allen Winkeln, in allen Kontexten und Perspektiven, lugt als ferner Reiz unter einer Brücke, durch den Tobogen am Eingang eines Shintō-Schreines oder hinter einem Bagerüst hervor. In Hokusais Varietätensammlung kommt es zur innovativen Koppelung der Themenfelder Natur und Berg kontra Menschenwelt und Kultur. Den Berg als Grund einzusetzen und ihn nicht grundlos als reine Figur über allem schweben zu lassen ist Hokusais Programm.

In Abkehr von der chinesischen Landschaftsmalerei, die den Berg allenfalls mit winziger Staffage im Vordergrund versah, konstruiert Hokusai raffinierte Ähnlichkeitsbeziehungen zwischen Mensch, Kultur und Berg. In immer neuen Bildfolgen

spielte Hokusai den sakrosankten Gegenstand durch bis zum „Moment, da die Akkumulation in ihr Gegenprinzip, in die Zuspitzung, die Szene umschlägt“. So eröffnet Hokusai in einer Reihe von Blättern das Thema Fruchtbarkeit und zieht wie im Bild „Fuji in einem guten Erntejahr“ in Zeiten grassierender Hungersnöte das Register des Euphorischen. Kopien und Doubletten spielen eine zentrale Rolle in Hokusais Bilderwelt. Neben Spiegelbildern des Fuji im Wasser oder Handspiel irritieren alternative Gipfel und segenreiche Erhebungen wie Vorratsberge an Reis vor dem Hintergrund des Fuji, die im Wechselspiel von Figuration und Defiguration von den Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des Vergleichens und Gleichkommenwollens erzählen.

Beim Versuch, sich dem, wie es im Vorwort zum zweiten Band der Sammlung hieß, „makellos wie die Lotusblume“ emporsteigenden Berg und „unbegreiflichen Vulkane“ (Rilke) zu nähern, hat sich der Holzschnittmeister nicht auf eine Perspektive beschränkt. Die Schönheit der Welt, so Hokusais Botschaft, ist Ansichtssache. STEFFEN GNAM

Intellektuelle Kollaboration in Europa

Paul de Man, ein inakzeptabler Artikel und das Vorbild von Pierre Drieu La Rochelle

Dass einem Zweiundzwanzigjährigen die Literaturkritik im führenden Blatt eines Landes anvertraut wird, dürfte selten sein. Bei aller schon früh sichtbaren Begabung Paul de Mans: Ohne die politischen und intellektuellen Verbindungen seines berühmten Onkels wäre sein Debüt als Kritiker im Brüssel der ersten Kriegsjahre weniger sichtbar verlaufen. Der Name des Onkels öffnete die Türen. Hendrik de Man, der europäische Sozialist, der Wissenschaftler, der Arbeiterführer und zeitweilige Berater des Königs, dürfte seinen Neffen ohne Mühe lanciert haben in jene Tageszeitung, die im frankophonen Teil der Nation den Ton angab. Le Soir hieß das Blatt, dessen Titel der Volksmund erweitert hatte zu Le Soir „volé“, „gestohlen“ von der deutschen Besatzungsmacht.

Genauer hatte es sich um eine Beinahe-Konfiskation durch die Propagandaabteilung der Wehrmacht gehandelt. Deren Ziel war, die Zeitung mit der für das kleine Land hohen Auflage von 250 000 Exemplaren unter eigener Kontrolle weitererscheinen zu lassen. Bereits am 13. Juni 1940 kam die erste Nummer heraus, kaum mehr als zwei Wochen nach dem Ende der Kampfhandlungen. Ein ehemals linkskatholischer Journalist wurde Chefredakteur: Raymond de Becker. Aus seinen Sympathien für das Dritte Reich hatte er seit den späten dreißiger Jahren keinen Hehl gemacht. Im Salon Didier in Brüssel-Ixelles, dem Treffpunkt der an einem „neuen Europa“ interessierten Intellektuellen, Künstler und Politiker, war er schon vor dem Krieg mit deutschen Journalisten und Diplomaten in Kontakt gekommen. Bald nach de Beckers Ernennung zum Chefredakteur von „Le Soir“ begann dort Paul de Mans literaturkritische Aktivität: In der Weihnachtsausgabe 1940. Sie sollte zwei Jahre dauern.

Als die Existenz dieser Texte vor zwanzig Jahren in den Vereinigten Staaten bekannt wurde, galt als eigentliches Corpus Delicti unter den etwa 170 Artikeln jener, der über die Rolle der Juden in der Gegenwartsliteratur urteilt: „Les Juifs dans la Littérature actuelle“. Er erschien am 4. März 1941 auf einer Sonderseite, der „Le Soir“ den Titel gab: „Die Juden und wir“ (Les Juifs et nous). Der Leitartikel von Leo van Huffel insistierte, es gehe hinfort nicht mehr um den sozialen, sondern um den rassistischen Antisemitismus. Solche Töne finden sich nirgends bei de Man.

Und doch färbt das Umfeld auf seinen Beitrag ab.

Gleich zu Beginn geht er auf Distanz zum „vulgären Antisemitismus“, dem zufolge die gesamte westliche Kultur seit 1918 degeneriert, zersetzt, „verjudet“ sei. Vielmehr hätten sich die Juden gern selbst zu Anführern künstlerischer Tendenzen stilisiert. Doch die ästhetischen Entwicklungen verliefen in viel längeren historischen Bögen. Das beweise etwa der psychologische Roman seit Stendhal mit seiner Vitalität: Um die Exploration des Inneren der Figuren gehe es auch Gide,



Pierre Drieu La Rochelle

Foto Opale

Lawrence, Hemingway oder Kafka – dessen Judentum scheint ihm unbekannt zu sein. Selbst die revolutionäre Poesie wie die des Futurismus oder Surrealismus habe tiefreichende Wurzeln.

Bei all diesen Entwicklungen, so de Mans Fazit, hätten die Juden keine herausragende Rolle gespielt: Man müsste wenig Vertrauen haben in „unsere Zivilisation“, wenn sie sich von einer „fremden Macht“ leiten ließe: „Eine Lösung des jüdischen Problems, die auf die Gründung einer jüdischen Kolonie außerhalb Europas zielt, würde für die westliche Literatur keine bedauernden Konsequenzen haben. Diese würde, alles in allem, einige Gestalten von mittelmäßigem Wert verlieren und würde sich, wie in der Vergangenheit, nach ihren großen Gesetzen weiterentwickeln.“

Diese von einem Zweiundzwanzigjährigen proklamierte Abwertung wirkt angelesen. Gibt es eine Quelle? Vorab fällt auf, dass der junge Kritiker von den drei Literaturen, die er regelmäßig bespricht: die belgische, französische und deutsche, allein die französische heranzieht. Bei der deutschen hätte er von der Exilliteratur sprechen müssen mit ihrem hohen Anteil jüdischer Autoren, was seine These widerlegen würde. Doch auch die traditionelle Paris-Orientierung der Brüsseler Intellektuellen kommt ins Spiel. Einer der Stars der Pariser rechtsintellektuellen Szene hatte soeben auf deutschen Wunsch die wichtigste Literaturzeitschrift der frankophonen Welt übernommen: die „Nouvelle Revue Française“. Zugleich schreibt er für die Presse der Kollaboration: Pierre Drieu La Rochelle.

Zu deren Zentralorgan wird die Wochenzeitung „Je suis partout“. Sie hatte in den dreißiger Jahren zum Ton radikaler Polemik beigetragen; im Februar 1941 war sie, nach kriegsbedingter Unterbrechung, wieder erschienen. In den rechten Milieus in Paris und Brüssel wurde sie stark gelesen. Zwei Wochen vor Paul de Mans Artikel in „Le Soir“ erschien in „Je suis partout“ – als Aufmacher der „Ideen“-Seite – Drieus „De Ludovic Halévy à André Maurois ou l'impuissance du Juif en littérature“. Die Behauptung vom kreativen Unvermögen, vom geringen Beitrag der Juden zur Literatur stand hier gleich am Anfang. Und die Namen, mit denen de Man die angebliche Mediokrität illustrierte, waren fast die gleichen wie bei Drieu: André Maurois, Henri Bernstein, Julien Benda, Tristan Bernard. Der junge Kritiker hatte sein Urteil offenkundig von dem Pariser Autor – kaum einer war derzeit mehr en vogue – übernommen. Er huldigte ihm auch ferner in seinen Rezensionen.

De Mans anstößiger Artikel scheint eine Ausnahme und ist vielleicht auf Anfrage der Redaktion für deren Sonderseite entstanden. Spuren von Antisemitismus lassen sich sonst kaum, weder beim Onkel noch beim Neffen, finden. Was nicht heißt, dass beide, vor allem in der ersten Zeit der Okkupation, zur Legitimation der „neuen Ordnung“ in einem „neuen Europa“ nicht überzeugt beigetragen hätten. Die europäische intellektuelle Kollaboration ist in ihrem Ausmaß erst zu entdecken. ALBRECHT BETZ

Animalisch unwohl

In Heidelberg fragt man nach Tierrechten

Bevor man die Verurteilte auf dem Scheiterhaufen verbrannte, wurde sie verstümmelt und mit dem Kopf nach unten aufgehängt, bis der Tod eintrat. Sie hatte einen Säugling massakriert. Die bestialische Tat aus dem Jahr 1386 mündete in einem damals nicht unüblichen Prozess, in dessen Mittelpunkt kein Mensch stand, sondern eine Sau. Derartige Tierprozesse, ob gegen Schweine, Maulwürfe oder auch gegen Insekten, erinnern nicht nur an die Hexenverfolgungen; sie verweisen auch auf eine andere Stellung von Tieren in vormodernen Zeiten. Neben den offensichtlich abergläubischen Zügen dieser Verfolgungen erfahren die öffentlich angeklagten und verurteilten Tiere eine Aufwertung: Man räumte ihnen eine rechtsähnliche Position ein.

Gerecht oder wenigstens respektvoll behandelt zu werden, davon können Tiere heute nur träumen – wenn sie es denn überhaupt könnten: Haben Tiere ein Bewusstsein, gar ein Selbst- oder Schuld-bewusstsein? Und kann man, darauf gründend, Tieren Rechte zuschreiben? Dass diese Frage nicht nur im Tierschützmilieu gestellt wird, sondern auch von Geistes- und Naturwissenschaftlern, zeigte eine Heidelberger Veranstaltungsreihe zur Tierethik. Erste Ergebnisse der im vergangenen Jahr begonnenen Vorlesungsreihe erscheinen demnächst unter dem Titel „Tierrechte – eine interdisziplinäre Herausforderung“ (Harald Fischer Verlag).

Haben Tiere Rechte? „Unter keinen Umständen!“, polterte der Amerikaner Tibor Machan bei seinem Vortrag „The Myth of Animal Rights“, bei dem er sich als Hardliner erwies. Obwohl er als Gegenspieler des Tierrechtebefürworters Tom Regan und der Tierbefreiungsfraktion um den Australier Peter Singer auftrat, kam er Singers Schlussfolgerungen über das erlaubte Töten von unbewussten Lebewesen (also auch Säuglingen, geistig Kranken) recht nahe: Auch Machan will aus definitiven Gründen „marginal menschlichen Wesen“ das Recht absprechen, moralisch handeln zu können.

Machans zum Teil vulgärdarwinistisch anmutende Äußerungen, die das Recht nur beim Stärkeren, dem Menschen, sehen, deuten auf jene „empörende Roheit und Barbarei des Okzidents“ hin, die schon Schopenhauer attackierte. Dieser sprach für das Mitleid nicht nur mit den Menschen, sondern auch mit den Tieren. In mancherlei Hinsicht hätte sich der Philosoph bei dem muslimischen Theologen

Seyyed Mohammad Nasser Taghavi weitergedungen. Dieser eröffnete seinen Vortrag über Tierrechte im Islam „im Namen Allahs“. Die Tiere, die Gott anbeten und nach dem Tod auferstehen, seien nach dem Koran zwar dem Menschen nicht gleichgestellt; dennoch hätten sie gewisse Rechte, die es zu achten gelte. Barmherzig und duldsam soll der Mensch mit den Tieren umgehen, Tierquälerei steht unter göttlicher Strafe. Der Schächter hat dafür zu sorgen, dass das Tier ohne Angst in den Tod geht und nicht mit ansehen muss, wie seine Artgenossen getötet werden. Um welche Rechte es sich dabei weiterhin handelt, blieb bei Taghavi jedoch vage. Im Islam hat jede Daseinsform ihr Recht: die Mineralien, die Pflanzen, die Tiere und „die Krönung der Schöpfung: der Mensch“. Zum Ziel der Selbstvervollkommnung dürfe er auch bestimmte Tiere essen.

Oft kommt der Pragmatismus durch die Hintertür; nicht nur, dass es keine global geltende Tierethik gibt, auch auf eine kategoriale innerhalb eines Kulturkreises kann man sich schwer einigen. Selbst der vergleichsweise tierfreundliche Islam kennt zugunsten des Menschen die Ausnahme von der Regel. Selbst Schopenhauer mochte es dem Menschen nicht zumuten, ganz auf Fleisch zu verzichten.

Mitleid als Impuls für den Umgang mit Tieren ist eine im Alltag tragfähige Grundlage, die es schwer hat, rechtlich verankert zu werden. Es verwirklicht sich am ehesten aus der Anschauung. Seit Rousseau wissen wir, dass Mitleid auf Distanz schwer möglich ist. Diesen Sachverhalt macht sich die Lebensmittelindustrie zunutze: Die Auswüchse falscher Tierhaltung sind bekannt, treten aber selten ins Bewusstsein. Konfrontiert wird man in der Regel nur mit den Endprodukten. Sorgen machen wir uns erst dann, wenn die eigene Gesundheit bedroht ist. Die mitleidverhindernde Distanz schlägt sich schließlich auch in der Sprache nieder: Tiere essen und trinken nicht, sie fressen und saufen, sie gebären nicht, sie werfen. Daher verwundert es nicht, dass es zum „Humanitären“ kein tierisches Äquivalent gibt. Der Mensch empfindet Zuschreibungen ans Tierreich in der Regel als Zumutung. Sie sind ihm auf eine Weise artfremd, die sich der genauen Begründbarkeit entzieht. In Heidelberg wurde deutlich, warum Begründungen so schwer zu finden sind. FRIEDRIKE REENTS

Carlo Ginzburg über Hobbes

Gerichteweise

Im fünften Buch der Annalen berichtet Tacitus über den Fall des falschen Drusus. Für eine kurze Zeit wurden Kleinasien und Griechenland von dem Gerücht in Bann gehalten, auf den Kykladen und dann auf dem Festland sei Drusus, der Sohn des Germanicus, gesehen worden. Von den Leuten, die die Nachricht verbreiteten, sagt der Historiker, sie hätten sie erfunden und im selben Augenblick an sie geglaubt: „fingebant simul credebantque“.

Auf diese Einsicht in die Dynamik der kollektiven Autosuggestion möchte Carlo Ginzburg die Theorie der Entstehung der Religion zurückführen, die Thomas Hobbes im „Leviathan“ entwickelt. Aus Furcht vor der unbegriffenen Natur, heißt es dort im elften Kapitel, erfinden die Menschen unsichtbare Mächte, und sie nehmen sich dann in Acht vor ihren Einbildungen, den Geschöpfen ihrer Phantasie. Als Verbindungsglied präsentiert Ginzburg in einem Vortrag im Berliner Zentrum für Literaturforschung Francis Bacon, dessen Sekretär Hobbes gewesen war. In „The Advancement of Learning“ führt Bacon die Formel des Tacitus zur Begründung der paradoxen These an, dass der leichtgläubige Mensch ein Betrüger ist: „So nahe verwandt sind ‚fiction and belief“.

Wie Ginzburg vor Augen führte, wendet Hobbes seine soziopsychologische Theorie der Göttergenese auch auf den sterblichen Gott, den Staat, an. Im Gesellschaftsvertrag unterwerfen sich die Menschen einer Allmacht, die sie im Akt der Unterwerfung schaffen. Wie die Furcht vor den Göttern an die Stelle der Furcht vor den Naturkräften tritt, so jagen die Menschen im Staat einander keine Furcht mehr ein, weil sie alle den Staat fürchten müssen. Das Titelbild des „Leviathan“ zeigt die Glieder des Staates, die gemeinsam den übermächtigen Kunstmenschen bilden und alle nach oben blicken. Die Legende dieses Emblems, so Ginzburg, müsste lauten: *fingunt simul creduntque*.

Am meisten fasziniert den Vortragenden das englische Wort „awe“ mit dem Doppelsinn von Ehrfurcht und Schrecken. Die Menschen brauchen „a common Power to keep them all in awe“ beziehungsweise „to over-awe them all“. Diesem staatsrechtlichen Postulat entspricht das religionsgeschichtliche Gesetz, dass Gläubige „in awe of their own imaginations“ befangen sind. Eine Vorwegnahme dieser Theorie vom Ausgang aus dem Naturzustand durch Eintritt in selbstverursachte Unmündigkeit hat Ginzburg in der Thukydischen Übersetzung gefunden, die Hobbes 1628 publiziert. Im berühmten Pestkapitel schildert Thukydis, wie das plötzliche Verschwinden des Zukunftshorizonts des Alltagslebens in Athen göttliches und menschliches Recht außer Kraft setzte. Hobbes übersetzt: „Neither the fear of the gods nor laws of men avert any man.“ Im gesetzlosen Zustand nach dem Zusammenbruch des Staates fehlt es wieder wie im Naturzustand an jener Furcht vor dem sozialen Ganzen, die das Individuum einschüchtert und zur Einordnung nötigt.

„Hobbes heute gelesen“ hatte der Vortragstitel in Aussicht gestellt; Ginzburg versprach, er werde sich der Gegenwart auf einem Umweg nähern. Von Malmesbury und London drang er über Rom und Athen nach Bagdad vor, um zu enthüllen, dass es sich bei „Shock and Awe“, der Lösung aus den Anfangstagen des Irakkrieges, um eine furchtbar missglückte Hobbes-Anwendung handle. Zum Beleg verwies er auf einen Aufsatz, den der Kunsthistoriker Horst Bredekamp noch im Jahre 2003 in der Festschrift für eine Berliner Lokalgottheit veröffentlichte.

Bredekamps These, dass man den Angriff auf Bagdad zu verstehen habe als „Versuch, das awe von Hobbes zu reinstallieren“, beruht auf einer eigenwilligen bildtheoretischen Interpretation des „Leviathan“. Die Maxime, dass „Verträge ohne das Schwert nichts als Worte“ sind, deutet Bredekamp als Entdeckung der Macht der Bilder. Dass es in der Behauptung, die Menschen bräuchten den Staat als „visible Power to keep them in awe“, auf das Attribut der Sichtbarkeit ankommen soll, macht nun gerade Ginzburgs Vortrag unwahrscheinlich: Die Götter als „Powers Invisible“ versetzen die Menschen ebenfalls in „awe“. An Indizien dafür, dass die Formulierung „Shock and Awe“ tatsächlich auf Hobbes anspielt, hat Ginzburg nicht mehr anzubieten als Bredekamp: das konventionelle Wissen, dass es Gefolgsleute von Leo Strauss waren, die sich die Außenpolitik der Regierung Bush ausgedacht haben. In solchen Assoziationen erschöpft sich auch der von Ginzburg zitierte Artikel mit dem Titel „Shock, awe and Hobbes have backfired on America's neocons“, den der Cambridge-Historiker Richard Drayton 2005 im „Guardian“ publiziert.

Welche Selbstüberlistungskraft in dieser Verschwörungstheorie steckt, zeigt sich, wenn Ginzburg – berühmt für seine theoretischen Schriften über den Historiker als Detektiv – angibt, „Shock and Awe“ sei der „Codename“ der Bombardierung Bagdads gewesen, ein gelehrter Witz im schlechtesten Geschmack der straussianischen Geheimniskrämer. In Wirklichkeit bezeichnet der Name eine strategische Doktrin, deren Anwendung in den Tagen vor der Invasion offen in den Medien erörtert wurde. Diese Doktrin wurde 1996 von zwei Pentagon-Denkern in einer Monographie der National Defense University ausbuchstabiert. Sie zielt auf die schnelle Überwältigung des Gegners, der durch den Einsatz massiver Übermacht moralisch gebrochen werden soll. Mit dem Leviathan, der aus einem Gleichgewicht des Schreckens emporsteigt, hat die Lehre nichts zu tun. Dass Hobbes der Götze war, unter dessen Schirm die Eroberung Bagdads geplant wurde, ist eines jener Gerüchte, die von denen geglaubt werden, die sie erfunden haben. PATRICK BAHNERS